

Antrag für den
Rat
am 8.4.2011

Göttinger Stadtratsfraktion

Geschäftsführung: Jürgen Bartz

Tel: 0551-400-2785

Fax: 0551/400-2904

GrueneRatsfraktion@goettingen.de

www.gruene-goettingen.de

24.3.2011

Unabhängigkeit Göttingens vom Atomkonzern EON!

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept und einen Zeitplan zu erstellen für eine planvolle Entflechtungen der Vertrags- und Kapitalbeziehungen mit der EON Mitte AG und die vollständige Beendigung des Einflusses des Atomkonzerns auf das politische Handeln der Stadt (und ihrer Gesellschaften). Insbesondere ist die Rechtmäßigkeit des aktuellen Konzessionsvertrags zu klären. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer vorzeitigen Neuausschreibung sind darzustellen. Mit den Nachbarkommunen in Südniedersachsen und Nordhessen sowie mit der Universität und anderen großen Stromverbrauchern sind Gespräche zu führen mit dem Ziel der Koordinierung eines gemeinsamen Vorgehens.

Begründung:

Die Nutzung der Atomenergie ist menschliche Hybris, angetrieben von Profitinteressen des shareholder value, losgelöst von jeder Ethik. Täglich versichern uns PolitikerInnen, Lobbyisten und korrumpierte Wissenschaftler „unsere deutschen Atomkraftwerke sind sicher“. Genau dies hat man auch den Menschen in Japan erzählt. Dort wurde in sieben Kernkraftwerken gleichzeitig gegen die radioaktive Katastrophe gekämpft und noch ist nicht absehbar in wie vielen Reaktoren der GAU bzw. Super GAU tatsächlich auch eintritt, mit allen damit verbundenen Folgen für Umwelt und Menschen. Dabei gerät fast in Vergessenheit, dass das mit dem „Normalbetrieb“ verbundene „Restrisiko“ allenfalls ein Nebenproblem der Kernenergie darstellt. Das Hauptargument gegen die „friedliche Nutzung“ ist weiterhin die Produktion riesiger Mengen Atom Mülls in hunderten Atomkraftwerken dieser Welt, ohne die geringste Aussicht auf ein sicheres Endlager. Die davon ausgehende Gefahr ist um ein vielfaches größer!

Der einflussreichste Atomkonzern in Südniedersachsen ist die EON Mitte AG, dessen Geschäftsgebaren unsere Fraktion seit geraumer Zeit kritisiert. Etwa die Hälfte des von EON gelieferten Stroms stammt aus AKWs. Unternehmensstrategie des Konzern war es in den vergangenen Jahrzehnten, die Stadt und die umliegenden Kommunen durch langfristige, miteinander verwobene Verträge – oft hart am Rand des rechtlich Zulässigen – an sich zu binden. Jüngstes Beispiel ist die Gründung der angeblich gemeinnützigen EAM gGmbH, die zu keinem anderen Zweck konstruiert wurde, als der Verlängerung der auslaufenden Konzessionsverträge mit EON den Boden zu bereiten. Mit den von der Stadt gehaltenen Konzernanteilen unterstützt und finanziert die Stadt zudem eine Energiepolitik, die die Ratsmehrheit ethisch schon lange nicht mehr für verantwortbar hält. Selbst über langfristige Verträge beim Betrieb von Straßenbeleuchtung und bei der Organisation von Sportereignissen (tour d'énergie) sind Stadt und EON eng miteinander verknüpft – zu eng, wie die Ereignisse in Fukushima uns deutlich machen.

Seit Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Jahr 1998 dürfen Konzessionsverträge ohne wettbewerbliche Ausschreibung nur mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren abgeschlossen werden. Da bei Abschluss des laufenden Konzessionsvertrags der Stadt mit der EON Mitte AG im Jahr 2001 die wettbewerbliche Ausschreibung umgangen wurde, geht die Kommunalaufsicht im Wirtschaftsministerium des Landes mittlerweile davon aus, dass der aktuelle Vertrag mit einer Laufzeit bis 2021 nichtig ist. Die Dringlichkeit dieses Antrages ergibt sich somit auch aus der Tatsache, dass die Stadt derzeit über keinen gültigen Konzessionsvertrag verfügt und schnellstmöglich Rechtssicherheit zu schaffen ist. Auch die Teilprivatisierung der Stadtwerke ist in diesem Zusammenhang politisch neu zu bewerten.